

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

9.2.1932 (No. 33)

Expeditoren:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiedersetzungen tauflicher Kabarett, der als Kolonnenarbeit gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Vortreibung und Kontrahentensachen fällt der Kabarett fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Wafschinbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschlagnahmter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Reichskanzler spricht in Genf

Der deutsche Standpunkt zur Abrüstung

Genf, 9. Febr. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz legte zunächst Gibson für Amerika den Standpunkt seines Landes dar. Darauf hielt im vollbelegten Völkerbundshaus Reichskanzler Dr. Brüning seine mit Spannung erwartete Rede über die Abrüstung. Der Kanzler führte aus:
Diese Zusammenkunft, zu der sich die Regierungen der ganzen Welt vereinigt haben, stellt einen Vorgang von einzigartiger und weltgeschichtlicher Bedeutung dar. Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt. Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Es soll nicht mehr jedes Land allein über seine Rüstungen bestimmen, sondern die Art und der Umfang der Rüstungen sollen durch gemeinsame Verhandlungen aller Staaten vereinbarungsgemäß festgelegt werden. Das Friedenswerk, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte und durch spätere Akte, wie den Kellogg-Pakt, weitergeführt wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgebodens. Die vereinbarte freiwillige Abrüstung der Staaten ist neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Krieges, die den Wiederaufbau der Welt fördern, der wichtigste Schritt.

In jenen Frontkämpfern von ehedem steigt das Bild des Weltkrieges in seiner ganzen Furchtbareit unüberwunden und unvergleichbar vor Augen. Wenn es unserer Generation, der Generation der alten Kompattanten, nicht gelingt, ein Volkwerk gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen wieder aufzurichten, wie soll es dann den Nachfahren gelingen? Der Wille zum wahren Frieden, zum Gebot der christlichen Geseinnung, das ist das erste und wesentliche Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll. Daher muß der neue Wille zum Frieden die Verfolgung eines Interesses auf kriegerischem Wege als Mittel der nationalen Politik beiseite lassen. Jeder muß mit ehrlichem Geseinnung prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemeinen Abrüstung aller Staaten seine Rüstungen auf das im Völkerbundschart vorgegebene Minimum nur irgendwie senken kann. Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Interpretation der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Kräfteentfaltung zu sichern und sie anderen zu nehmen. Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen, denn die Abrüstung ist unbedingt notwendig, um neben anderen bedeutungsvollen Schritten die unerträgliche Spannung, die heute lähmend auf der ganzen Welt lastet und die Weltwirtschaft von Tag zu Tag mehr zum Stillstand bringt. Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem die Verantwortung einer der Welt feierlich gegebenen Aufgabe.

Ich erinnere daran, daß die Sieger des Weltkrieges bei Vorlegung ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, daß die allgemeine Entarmung und allseitige Einschränkung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes betrachtet werden müßte. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine Sicherheit, die staatliche Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, daß sie also mit der Verantwortung der Staatsmänner für die Sicherheit des eigenen Landes nicht in Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinne liegt. Läßt nicht der Artikel 8 des Völkerbundschartes, der die allgemeine Abrüstung vorschreibt, und der für die vor uns liegende Aufgabe das Grundgesetz bildet, die Möglichkeit offen, bei der Bestimmung des Mindestmaßes der Rüstungen jedes einzelnen Staates das Erfordernis der nationalen Sicherheitsbedürfnisse Rechnung zu tragen.

Es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. Große und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Maße; denn das Grundprinzip des Völkerbundes ist die Gleichberechtigung. Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entlassung die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtmäßigen und moralischen Anspruch, der von niemandem in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage der höchsten Sicherheit für alle Völker. Unsere Delegierten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Zieles zu betreiben.

Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionenentwurf nehmen, den die Vorbereitungskommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lüdenhaft und schweigt über wesentliche Punkte. Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen objektiver Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre. Ihre Zustimmung und Unterstützung ist allen Anregungen sicher, die tatsächlich ohne weiteren Verzögern einen wirklichen Abrüstungseffekt erzielen. Ich mache keinen Hehl daraus, daß, wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Genfer Arbeiten laut geworden ist. Aber es liegt nur an der positiven Arbeit dieser Konferenz, solche Zweifel zu widerlegen. Das deutsche Volk trägt in seinem Herzen aufrichtigen Friedenswillen.

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als ein vollberechtigtes und voll verantwortliches Mitglied des Völkerbundes und dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmissverständlich aller Art, wie sie im Völkerbundschart für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geiste weitgehender Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziele zustreben.

Das Ereignis des Tages in Genf
Genf, 9. Febr. (Priv.-Tel.) Die Rede des Reichskanzlers ist das Ereignis des heutigen Tages. Sie hat einen außerordentlich starken Eindruck in allen Kreisen der Konferenz gemacht. Die Rede wurde von den großen Nachrichtenbüros teilweise im vollen Wortlaut aufgenommen und nach dem Auslande übermittelt. Der Andrang des Publikums war heute besonders stark. Die Tribünen der Delegationen waren besetzt voll. Kurz vor 11 Uhr sammelten an der Stirnseite des Saales die Lichter auf und der Präsident verkündete unter lautloser Stille der ganzen Versammlung: „Das Wort hat Dr. Brüning, Kanzler des Deutschen Reiches“. Als Brüning, der in der ersten Reihe seinen Platz hat, der Rednertribüne zusteigte, wurde er von der Versammlung durch Handklatschen für rühmend begrüßt.

Der amerikanische Standpunkt
Genf, 9. Febr. (Tel.) Der stellvertretende Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter Gibson, führte auf der heutigen Versammlung der Abrüstungskonferenz aus: Amerika werde nichts unversucht lassen, um tatsächlich einen Fortschritt in der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen. Man müsse kleinliche Sonderinteressen vergessen und auf eine großzügige Zusammenarbeit hinarbeiten. Amerika halte die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Abrüstungszwecke für unnötig und unentschuldigbar. Niemand könne bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache der gegenwärtigen politischen Unsicherheit sind. Niemand könne bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen. Das amerikanische Volk betrachte die Fortdauer dieser Zustände als ein Verbrechen der Staatsmänner. Die Zeit sei vorbei, wo die Weltvölker dieses Verbrechen lange ruhig mit ansehnen. Das Weltvertrauen und die Militärbindnisse, seit Jahrhunderten in Europa üblich, seien nicht imstande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern hätten im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen Sieger und Besiegte litten. Das System der Antikriegsverträge reduziere die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf einen Teil der Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern, und zweitens die Verteidigung der Landesgrenzen. Amerika habe von den Vorschlägen Tarbiens und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung habe keinen neuen umfassenden Plan. Aber die amerikanische Regierung befürworte folgende Punkte:
1. Zugrundelegung des Konventionenentwurfes als praktische Diskussionsbasis unter völliger Bereitschaft, zusätzliche Vorschläge zu diskutieren.
2. Verlängerung der Lebensdauer der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs und Italiens.
3. proportionale Herabsetzung der Tonnageziffern in den Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beigetreten sind.
4. Abschaffung des Unterseeboots.
5. möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen.
6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bakteriologischer Kriegsführung.
7. Beschränkung der Landheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz.
8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen.

Genf, 9. Febr. (Tel.) Im Staatsdepartement bemerkt man zur Rede Gibsons, sie bedeute kein festes Programm, sondern stelle im Gegensatz zu anderen Vorschlägen den Versuch eines Beitrages zur praktischen Lösung der Begrenzung der Rüstung dar. In der Frage der Landheere sei die amerikanische Armee bereits unter dem Minimum für Grenzverteidigung. Amerika sei für Abschaffung gewisser Kampfmittel, für Herabsetzung anderer, Begrenzung des Rechtes, und zwar sowohl quantitativ wie finanziell.

* Zum Thema „Preisfrenkung“

Es wäre gut gewesen, wenn die gesamte deutsche Presse in den letzten Monaten ihre Leser über das wirtschaftspolitische Problem der Preisbildung erst einmal aufgeklärt hätte, bevor sie — zum Teil in rein agitatorischer Aufmachung — Senkung der Preise schlechthin verlangte. Wir selbst haben an dieser Stelle schon zu verschiedenen Malen die Frage der Preisbildung behandelt und dürfen deshalb bei unseren Lesern eine Kenntnis der Materie voraussetzen.

Zwei Punkte aber müssen immer wieder von neuem hervorgehoben werden, damit wir vor den schädlichen Folgen einer falschen Preisfrenkungspolitik bewahrt bleiben. Der eine Punkt betrifft die von niemandem wegzuleugnende Gefahr, daß eine rücksichtslos erzwingene Preisfrenkung nur zu leicht die Betriebe der betreffenden Branche zum Erliegen bringt, weil eben mit den neuen Preisen nichts mehr verdient wird. Man kann es dem deutschen Volke, das im allgemeinen wirtschaftspolitisch wenig geschult ist, gar nicht oft genug sagen, daß die Rentabilität eines Betriebes die Voraussetzung seiner Weiterexistenz ist, und daß bei zu niedrigen Preisen eine Rentabilität nicht mehr zu erzielen ist.

Was heißt nun allerdings „hoher Preis“ und „niedriger Preis“? Darüber bestehen in der Bevölkerung die größten Meinungsverschiedenheiten. Nur zu oft kommt es vor, daß auch dann, wenn der Nachweis erbracht wird, daß diese oder jene Preise sogar unter dem Kriegsniveau liegen, diese Preise für unbefriedigt erklärt werden, weil sie eben doch im Vergleich zum augenblicklichen Einkommen zu hoch sind. Für die Arbeitslosen und einen großen Teil der Kurzarbeiter ist in der Tat bei nahe jeder Preis zu hoch. Daß unter den Preisen selbst keine vernünftige Relation besteht, haben wir schon mehrfach betont. Gewisse Artikel sind heute zu Preisen zu kaufen, die abnorm niedrig sind, und wieder andere Artikel stehen zu hoch im Preise. Bei solchen Vergleichen ist dann natürlich ohne weiteres der Preisindex der Vorkriegszeit als Maßstab heranzuziehen; und er wird ja auch volkswirtschaftlich allgemein als der einzige brauchbare Maßstab anerkannt.

Jedenfalls wäre es sinnlos, ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Wirtschaft und ihren einzelnen Zweigen Preisfrenkungen zu diktiert, Preisfrenkungen, deren Folge dann womöglich eine Betriebsstilllegung und eine neue Erhöhung der Arbeitslosenziffer ist. Und bisher hat denn auch der Preisfrenkungskommissionar Dr. Goerdeler sich tunlichst von einer solchen Handhabung seiner Machtbefugnisse ferngehalten. Und ebenso haben das alle die Stellen getan, denen eine regionale Kontrolle der Preise und ihrer Senkung anvertraut wurde.

Der zweite Punkt, der zu berücksichtigen gilt, ist nicht minder wichtig. Die gesamte Wirtschaft ist bei ihrer Preisfrenkung abhängig von der Höhe der Steuern, der sozialen Abgaben, der Zinsen und der öffentlichen Tarife. Ist es nicht möglich, hier Senkungen größerer Art herbeizuführen, so werden auch die Preise nur sehr schwer gesenkt werden können. Wenn ein Fabrikant, ein Geschäftsmann, ein Gewerbetreibender, ein Handwerker oder ein Landwirt heute das Vierfache der Steuern und sozialen Abgaben bezahlen muß wie in der Vorkriegszeit, wenn er für geliebtes Geld weit mehr als das Doppelte an Zinsen zu zahlen hat, wie vor dem Krieg, wenn er für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und für die Benutzung von Gas und Strom eine erhebliche größere Summe einzusetzen hat als früher, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Preise so hoch gestiegen sind. Wundern muß man sich viel eher darüber, daß es dennoch möglich war, die Preise im Laufe der letzten Jahre so weit herabzubringen, daß sie heute vielfach schon wieder den Vorkriegsstand erreicht haben.

Aber weshalb war das möglich? Weil sich eben fast alle Unternehmer im weitesten Sinne dieses Wortes daran gewöhnt haben, nur einen ganz niedrigen Gewinn einzufaktulieren, weil sie vielfach auf Rücklagen verzichteten und von der Substanz lebten, und weil sie in nur zu häufigen Fällen jeden Gewinn strichen, um überhaupt nur den Auftrag zu erhalten und die Existenz des Betriebes noch für einige Monate zu retten.

Zwei Möglichkeiten bestanden für eine Sanierung der Wirtschaft: Entweder eine entschiedene Senkung der Steuern, Abgaben, Zinsen und öffentlichen Tarife oder aber, falls sich das nicht erreichen ließ, Erzielung hoher

Kleine Chronik

In Zwickmünde hat heute in den frühen Morgenstunden ein Brand umfangreiche Anlagen der Kanaletz-Werke, Spezialfabrik für Holzveredelung, völlig in Schutt gelegt. Es handelt sich um drei riesige Fabrikhallen der früheren Kanaletz-Werke, Eisenbahn- und Waggonbau. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf eine halbe Million geschätzt.

In Guttstadt (Ostpr.) ist das erst vor wenigen Jahren gelegentlich der 600-Jahr-Feier der Stadt renovierte, im Jahre 1731 erbaute Rathaus heute, Dienstag, vormittag bis auf das Erdgeschloß niedergebrannt. Die alten Akten sind miternichtet. Der strenge Frost (18 bis 20 Grad), erschwerte die Löscharbeiten außerordentlich. Drei benachbarte Gebäude wurden mit eingezogen.

Die im französischen Besitz befindliche Réunion-Insel wurde durch einen Wirbelsturm von ungeheurer Ausmaße heimgesucht. Es wird mit mindestens 50 Todesopfern gerechnet. Die Stadt St. Denis ist vollständig zerstört.

In einem Schwefelbergwerk in Galtanetta (Sizilien) explodierten bei der Entzündung einer Sprengmine Grubenarbeiter. Von den 18 im Schacht anwesenden Bergleuten wurden sechs sofort getötet und acht lebensgefährlich verletzt.

Badischer Teil

Polizeipräsidien Karlsruhe und Mannheim

Der Staatsanzeiger von heute veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der die Polizeidirektoren in Karlsruhe und Mannheim in Zukunft die Bezeichnung „Polizeipräsident“ führen. Das Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe und Mannheim heißt in Zukunft „Polizeipräsidium“. Hiermit ist auch in Baden eine Gleichstellung der Dienstbezeichnungen für die Polizeidirektionen erfolgt, wie wir sie in anderen Ländern seit längerer Zeit schon haben. Mehraufwendungen sind hiermit nicht verbunden; es handelt sich lediglich um eine geordnetemäßigige Klarstellung.

Die Senkung der Vereins- und Verbandsbeiträge

Vom Badischen Statistischen Landesamt, das mit der Preisüberwachung beauftragt ist, wird uns geschrieben:

Zu dem in Nr. 30 der „Karlsruher Zeitung“ vom 5. Februar erschienenen Artikel über eine etwaige Senkung der Vereins- und Verbandsbeiträge ist dem Statistischen Landesamt eine Anzahl von Zuschriften zugegangen, die sich in der Mehrzahl zustimmend äußern. Einige dieser Zuschriften enthalten Anträge, die eine kurze Antwort oder Aufklärung nötig machen. Zunächst sei bemerkt, daß der Artikel nur eine Anregung oder einen Rat geben sollte; eine Absicht, die Beiträge etwa zwangsweise herabzusetzen, besteht nicht. In erster Linie war an die örtlichen Vereine der verschiedensten Art gedacht, dann aber auch an jene Verbände, die sich über das Land erstrecken. Hier besteht, bei der örtlichen Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Möglichkeit, daß die allgemein festgesetzten Beiträge für einzelne Ortsgruppen weniger tragbar sind, wie für andere. Eine Durchprüfung der Beiträge nach dieser Seite hin könnte gewiß zur Milderung mancher Härten führen.

Selbstverständlich muß an die ganze Senkungsfrage mit vorsichtiger Hand herangegangen werden, damit nicht Vereine und Verbände, die sich besonders wichtige Aufgaben gestellt haben — es sei beispielsweise nur an jene Vereine erinnert, die sich der öffentlichen Wohlfahrt, der Förderung des Gesundheitswesens u. a. widmen —, in ihrer Leistungsfähigkeit oder gar in ihrem Bestand bedroht werden. Nicht in Betracht kommen für die angeregten Fragen der Beitragsenkung natürlich auch jene Organisationen, die sich über das ganze Reich erstrecken, bei denen die Beiträge einheitlich für das Reich festgesetzt werden, und zwar von Instanzen, die nicht in Baden ihren Sitz haben. Dieser Fall trifft z. B. auf die Gewerkschaften zu, die ja auch in der Ausübung des Statistischen Landesamts nicht genannt waren. Für diese Organisationen dürfte eine Herabsetzung der Beiträge um so weniger möglich sein, als auch auf ihnen die wirtschaftliche Krisis in besonderem Maße lastet und sie durch die heutige Lage unseres Wirtschaftslebens vor neue schwere Aufgaben und Verpflichtungen gestellt sind.

Badischer Landtag

Wiederbeginn der Ausschusarbeiten

Der Bad. Landtag wird in dieser Woche seine Arbeiten in den Ausschüssen wieder aufnehmen. Am 10. Februar tritt der Ausschuss für Gesetze und Beschwerden zusammen, am Donnerstag, den 11. Februar, wird der Haushaltsausschuss tagen, und am 12. Februar der Rechtsplegenausschuss eine Sitzung abhalten. Von dem Gange der Verhandlungen in diesen Ausschüssen hängt der Termin und die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Vollversammlung des Landtags ab, die, wie bereits bekannt, für den kommenden Dienstag, den 16. Februar, beabsichtigt ist.

Die Kommunisten haben eine Reihe von Anträgen und Interpellationen eingebracht. Sie beantragen u. a. Mißtrauens-erklärungen gegen das Staatsministerium und gegen den Innenminister Raier, sodann Aufhebung der Rede- und Versammlungsverbote der KPD in Baden, sowie des Verbots gegen den antisozialistischen Notenkampferbund. Auch stellen sie den Antrag auf Aufhebung der Straftat des Abg. Böning, der zur Zeit im Landesgefängnis Mannheim seine Strafe wegen Beteiligung an der Rathausanschlag in Karlsruhe verbüßt. Die förmlichen Anträge der Kommunisten betreffen die Hochwasserhäden, die Miesentung für reichseigene Wohnungen, die an verheiratete Beamte des badischen Sicherheitsdienstes vermietet sind, endlich die Anschaffung von Panzerwagen für die Polizei. Ein weiterer Antrag der KPD will die Aufhebung der Notverordnungen des Reiches und Landes, die Nichtdurchführung des Lohn- und Gehaltsabbaues in den staatlichen Betrieben und Büros, die Festsetzung der Miete für Arbeiter, Angestellte und Beamte in den staats-eigenen Gebäuden auf höchstens 15 Proz. des Arbeitseinkommens und schließlich steuerliche Erleichterungen für Erwerbslose, den Arbeiter- und Mittelstand. Ein Antrag der KPD zum Mißgeheiß verlangt, daß die badische Vollzugsverordnung mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird und die Zwangs-anstaltsbestimmungen nicht durchgeführt werden, weil sonst zahlreiche landwirtschaftliche Kleinbetriebe wirtschaftlich schwer geschädigt werden.

Berichtigung. In dem Artikel der „Karlsruher Zeitung“ Nr. 32 vom 8. Februar „Die Gauleitung der Nationalsozialisten ist beunruhigt“ ist in der 8. Zeile von unten richtig zu lesen: „ZS. 5. II. 32.“ (nicht 5 Febr. 32).

Schuldnerschutz bei Grundstücks- zwangsversteigerungen

nach der Durchführungsverordnung vom 30. Januar 1932

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** I. Nach § 5 des dritten Teils der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 kann auf Antrag des Schuldners die Zwangsversteigerung eines Grundstücks auf die Dauer von

Das Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt enthält in Nummer 9 eine Verordnung des Staatsministeriums zur Änderung der Vollzugsverordnung zum Verwaltungsgeleit sowie eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über Betriebsvorschriften für die Kesselwärter von Landdampfmaschinen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

stark auch in diesen Tagen an. Unsere Witterung wird morgen noch von dieser Störung beherrscht werden. **Vorausage:** Meist bedeckt, zeitweise leichte Schneefälle und später nordöstliche Winde, Temperaturen allmählich fallend.

Wasserstände: Badshut 176 minus 3, Basel 34 minus 8, Schutterinsel 24 minus 9, Rehl 174 minus 4, Magau 347 minus 6, Mannheim 211 minus 4, Caub 153 minus 3.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 9. Febr. Der gesenkte Straßenbahntarif hat die erwartete Belebung des Verkehrs nicht gebracht. Statt dessen ist eine Minderung der Einnahmen eingetreten. Der Kreis der Personen, die mit der Straßenbahn fahren, ist nach Ansicht der Fachleute heute soweit begrenzt, daß eine wesentliche Zunahme kaum zu erwarten ist.

D3. Heidelberg, 8. Febr. Wie die Polizei mitteilt, wurden in der Nacht auf Sonntag in Neilsheim bei Bannental 53 Angehörige der NSDAP aus Heidelberg und Neckargemünd festgenommen, weil sie in verbotswidriger Weise zu politischen Zwecken von Neckargemünd nach Neilsheim marschiert waren. 22 Teilnehmer waren mit Stöcken bewaffnet. Der Veranstalter wurde ins Gefängnis eingeliefert. Die übrigen Personen wurden nach Feststellung der Namen und Abnahme der Stöcke auf freien Fuß gesetzt.

Hb. Freiburg, 8. Febr. Der Besitzer des Weißbäuerhofes in Neuhäuser will es jetzt mit dem Seidenbau versuchen. Auf seinem Grundstück wurde von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Seidenbauer eine Plantage von 3000 Maulbeerbäumen angelegt.

D3. Bellingen, 9. Febr. In Neuhäuser bei Bellingen brannte gestern abend das Doppelanwesen des sogenannten Grafen-hofes vollständig nieder. Der Brand entstand im Schloß und fand in den sehr alten Gebäuden, die zum größten Teil aus Holz erstellt sind, reiche Nahrung. Es entstand Zugener, durch das die ganze Nachbarschaft und namentlich auch das Rathaus sehr gefährdet wurden. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

D3. Bellingen, 9. Febr. Gestern abend gegen 10 Uhr wurde der 43 Jahre alte Hofbauer Otfried Link in seinem Anwesen in Nordstetten bei Bellingen von zwei Bettlern im Alter von etwa 25 Jahren ermordet. Link überraschte die beiden, die von hinten in seinen Hof eingedrungen waren und stellte sie zur Rede. Einer verriet ihm mit einem Messer einen Stich in die Herzgegend, der den Tod zur Folge hatte. Die Täter sind flüchtig.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 6

Preis: 10 Pfennig monatlich, 1 Mark jährlich für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zusätzlich Porto
dem Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

9. Februar 1932

oberen Justizdienstes (Rechtspflegelaufbahn) aufheben. Dies — wie übrigens ebenso in den oberen Laufbahnen der anderen Verwaltungen (Post, Reichsbahn usw.) — besteht ein fühlbarer Mangel an Nachwuchs, der in den nächsten Jahren infolge der fortschreitenden Überalterung des vorhandenen Beamtenpersonals zu katastrophalen Zuständen führen muß. Die Einstellung einer größeren Zahl von Abiturienten als Justizsupernumerare ist deshalb unabwendbar, wenn für die Zukunft die von der Wirtschaft wiederholt geforderte Beschleunigung des gerichtlichen Geschäftsbetriebes gewährleistet werden soll. Dadurch kann dann ferner nicht nur die Berufsnot unserer Jugend gemildert, sondern gleichzeitig auch der weiteren Überfüllung der Universitäten und der akademischen Berufe vorgebeugt werden.

Zeitschriftenbau

„Die Kunst.“ Glänzend illustriert und reichhaltig, wie wir diese Münchner Monatschrift schon seit Jahrzehnten kennen ist auch ihr Februarheft. Darin stellt sich der Graphiker Otto Rückel vor, der sein reiches illustratives Talent mit Vorliebe an den Freuden und Mühen des kleinbürgerlichen Lebens in einem fesselnden Spiel von List und Ironie ausläßt. Der schwedische Bildhauer Lore Strindberg verleiht seinen Mädchengestalten eine stille Harmonie und wundervollen Rhythmus der Linien. Von Malern werden Gustav Klimt mit einer farbigen Reproduktion seiner „Freundinnen“, dann Berner Feiner mit Teilstücken aus seinem Paradiessteppich und der Franzose George Seurat mit Landschaften in ganz eigener Maltechnik gezeigt. — Auch die Kirche stellt, wie die modernen religiösen Wandmosaiken von Josef Eberz beweisen, dem Künstler heute herrliche Aufgaben und hilft, Tradition und Fortschritt glücklich miteinander verbindend, die Entwicklung der Künste weiterführen. Lebendig geschriebener Text umrahmt die vielen vorzüglichen Abbildungen. „Bevor Sie Ihr Haus bauen lassen“ teilt sich ein mit bildlichen Beispielen belegter Aufsatz aus dem Bereich der Wohnungskunst, den auch Sie lesen sollten, wenn Sie als angehende Bauherr eigene produktive Erwägungen anzustellen haben. Der in einem früheren Heft begonnene, für heutige Verhältnisse sehr aktuelle Aufsatz über die Teilung zu groß gewordenen Wohnraums wird an Hand einiger neuer Grundrisslösungen weitergeführt. Was die neuzeitliche Beleuchtungskunst in formenschnöden und zweckmäßigen Lichtträgern leistet, zeigen mehrere Seiten hervorragender Beispiele aus bekannten deutschen Werkstätten. Damit ist aber der Inhalt des reichhaltigen Heftes noch lange nicht erschöpft. Wer sich des näheren dafür interessiert, kann es durch jede Buchhandlung beziehen. (Verlag F. Brudmann AG., München.)

Zeitwende, Januar-Heft. (C. S. Beck, München.) — Wieder ein reiches Heft mit zahlreichen schönen und interessanter Aufsätzen. Dipl.-Ing. Otto Veit spricht vom „Neuen Wohnen“. Prof. Dr. A. O. Meyer „Von der politischen Begabung der Deutschen“; weist den Vorwurf zurück, daß wir ein unpolitisches Volk seien; Gegenbeweis das Mittelalter und Bismarck; auch den andern Völkern ist Politik nicht angeboren, sondern von ihnen erworben in Jahrhunderten äußerer Not; so hofft er, daß die heutige Bedrängnis die Deutschen zur Politik aufraffe. Höchst interessant der Artikel von Geh. Rat Prof. Dr. Demoll: „Der Wandel der biologischen Anschauungen in den letzten hundert Jahren“: Die Entwicklung von der atomistisch-mathematischen Auffassung zu der Ganzheitsauffassung und wieder von den Schwierigkeiten dieser Auffassung. Das Ziel ist unendlich fern und für uns wesentlich das Hinstreben nach demselben. Carl Lange gibt ein schönes Bild von Ostpreußen, seinen Menschen, seiner Landschaft. Karl Fischer spricht von der „Verweltlichung als Aufgabe und Gefahr“. Ein neuer Roman beginnt: A. F. Kurz, Saldor im Frühlingstal. Dazu die Umschau und die Randbemerkungen. Alles in allem: Eine prächtige Zeitschrift. D.

Elegante Welt. Vielseitig wie immer präsentiert sich das soeben herauskommene neueste Heft der „Eleganten Welt“. In Anbetracht dessen, daß man in diesen schweren Zeiten z. B. mehr als je die häusliche Gemütsruhe in kleinstem Kreise pflegt, ist diesem Kapitel ein besonderer Artikel gewidmet. Mit der Pflege des Heims beschäftigt sich ein anderer Artikel über Silbergerät, der mit malerischen Aufnahmen von Tafel-silber letzten Stils reich ausgestattet ist. (Verlag Dr. Sells-Engler, Berlin.)

Die Paul- und Klauenfeuche im Farrenstall Bulach ist erloschen. R. 825
Karlsruhe, den 8. Februar 1932. O. B. 8
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B —



Badisches Landes-theater

Mittwoch, 10. Februar 1932

* A 18 (Mittwochnote)

Ab. Gem. 1—100

Napoleon

oder Die hundert Tage

Drama von Grabbe

Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Vertram, Ehrhardt, Emarck

Erwig, Frauendorfer, Gen-
ter, Mademacher, Seifling,
Janz, Fritsch, Plum, O. Höder,
Krafer, Brand, Dahlen,
Ernst, Gemmede, Herz, Hierl,
Höder, Hospach, Nienschert,
Kloebke, Kuhne, Luther,
Meißner, P. Müller, Priller,
Schulze, v. d. Trend, Grimm,
Tich, Kuhn, Kusan, Rinde-

mann, Meyer, S. Müller,
Mateo, Nagel, Schmitt,
Seibert, Schöntaler
Anfang 19^h, Ende nach 22
Preise B (0,70—4,20 24)
Do. 11.2. Der Graue. Fr. 12.2.
Der Widerpenstigen Zäh-
mung. Sa. 13.2. Napoleon
oder Die hundert Tage.
So. 14.2. Nachmittags: Im
weißen Köhl. Abends:
Othello. Im Konzerthaus:
Der Bettler aus Dingsda.

B. 679. Karlsruhe. Im
Konkursverfahren über das
Vermögen der Josef Blumen-
fetter Witwe, Sofie geb.
Ruhberger in Karlsruhe,
Steinstr. 21, ist zur Prüfung
nachträglich angemeldeter
Forderungen Termin be-
stimmt auf: Freitag, den 26.
Februar 1932, vorm. 10^h,
11^h, vor dem Amtsgericht
Karlsruhe, Mademistr. 8,
3. Stock, Zimmer Nr. 263.
Karlsruhe, den 3. Februar
1932. Geschäftsstelle des Amts-
gerichts A 1.

Dienstbezüge beurlaubter Reichsbeamter

Runderlaß des Reichsministers der Finanzen
vom 25. November 1931 — R I 690 —

Auf Grund des § 5 des Kapitels IV des Dritten Teils der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 — Reichsgesetzbl. I S. 537 — B A XII 44 — wird hiermit verordnet:

§ 1. Aus dem Reichsdienst oder aus dem Dienst der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beurlaubte Beamte, denen hinsichtlich ihrer Dienstbezüge Gleichstellung mit den nichtbeurlaubten Beamten zugesichert ist, können aus dieser Zusicherung vermögensrechtliche Ansprüche nur insoweit erheben, als sie seit dem 1. Dezember 1931 bei Gegenüberstellung ihrer sämtlichen Dienstbezüge mit denen der vergleichbaren nichtbeurlaubten Beamten schlechter als diese gestanden haben oder stehen. Bei der Gegenüberstellung sind die allgemeinen wirtschaftlichen Umstände einschließlich der steuerlichen Belastung sowie etwaige allgemeine Zuwendungen zu berücksichtigen, die die beurlaubten Beamten erhalten haben. Die Gegenüberstellung der Bezüge hat sich auf die gesamte Zeit der Beurlaubung zu erstrecken.

§ 2. Den Zeitpunkt der Auszahlung der festgestellten Ansprüche bestimmt der Reichsminister der Finanzen.

§ 3. Der Reichsminister der Finanzen kann Durchführung- und Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen.

Wohin mit den Abiturienten zu Ostern 1932?

Das Presseamt des Bundes Deutscher Juristamtänner schreibt hierzu:
Die Überfüllung der Juristenlaufbahn, welche u. a. die Rechtsanwälte schon zu dem Vorschlag einer dreijährigen Praktikantenzeit, also zu einer Art Sperre auch dieses freien Berufes, veranlaßt hat, wird eine weitere Steigerung erfahren, wenn zu Ostern 1932 neue Abiturientenscharen dem Rechtsstudium zufließen. Die Bemühungen, diesen Nachwuchs dem akademischen Arbeitsmarkt fernzuhalten und so eine weitere Proletarisierung des Juristenstandes zu vermeiden, werden aber nur in dem Maße Erfolg haben, als es gelingt, den Abiturienten andere Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Das kann nun wirksam dadurch geschehen, daß die Finanzminister endlich die strenge Drosselung des Zugangs zur Laufbahn des

Druck G. Braun, Karlsruhe.